

Hermann Wally
ZA-Vorsitzender

Herbert Leisser



Herbert Holzer

Hermann Greylinger
Pol.Gew. Vors.

Hubert Pacher

Zeitwertkonto? **Nein** danke!

Siehe **Presseaussendung** auf Seite 2.

ZA-Info

www.fsg4you.at

September 2013

Wollen wir die Millionärssteuer oder bezahlt der öffentl. Dienst die Zeche?

Anträge der Fachausschüsse

- Fachausschuss Tirol
Antrag des FA Tirol auf Beschaffung von Überziehwesten für Polizei-Einsatzleiter.
- Fachausschuss Tirol
Antrag auf Klarstellung der Erlasslage betr. Anerkennung von Schwerarbeitszeiten für Bedienstete der Pool's in den LKA.
- Fachausschuss Oberösterreich
Anträge betreffend Diensthundewesen in Oberösterreich und Schwerarbeitszeitregelung in den LKA.
- Fachausschuss Kärnten
Antrag auf Wiederaufnahme von Sportarten wie Radfahren und Schwimmen in den Sportlerlass.
- Auswahlverfahren bei Neuaufnahmen
Der psychologische Teil des Auswahlverfahrens bei Neuaufnahmen wird aus datenschutzrechtlichen Gründen von der derzeitigen Papierform auf EDV-Basis umgestellt. Der EDV Test wird durchschnittlich ca. 35 Minuten in Anspruch nehmen und nach erfolgter Auswertung wieder gelöscht.
- Weihnachtsbelohnung!
Die Weihnachtsbelohnung beträgt auch dieses Jahr für alle Bediensteten € 96,--.

■ Dieser Frage werden sich die Bediensteten des öffentlichen Dienstes beim kommenden NR-Wahlgang stellen müssen!

Es ist schon längere Zeit bekannt, dass das BM.I laut Vorgaben des Finanzministeriums bis 2016 **150.000.000,-- Euro** einsparen muss. Wie das funktionieren soll, wo wir derzeit schon aus dem letzten Loch pfeifen, weiß bisher niemand!



Wie Studien der Uni Linz ergeben haben, besitzt das reichste Prozent der Österreicher fast eine halbe Billion (rund 469 Milliarden) Euro. Die Schiefe der Verteilung ist also größer als vermutet. Ein Grund mehr die Verteilung durch eine Millionärssteuer gerechter zu machen.

Wilfried Altzinger, Professor an der Wiener Wirtschaftsuniversität, rechnet vor, dass allein eine Besteuerung dieser kleinen Schicht der Vermögendsten mit moderaten 4% rund 30 Milliarden Euro bringen würde. Damit wäre das Defizit auf einen Schlag von 72 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 60 Prozent reduziert – und die Maastricht-Zielvorgabe erreicht.

Wenn die Reichen (Großaktionäre, Banken etc die diese Wirtschaftskrise teilweise auch mitverschuldet haben) weiterhin geschont werden, werden wir, die Bediensteten des „Öffentlichen Dienstes“, durch weitere massive Einsparungen die Zeche bezahlen.

Daher ist Nachdenken angesagt welche Partei für eine gerechte Verteilung der Steuerlast eintritt.

Diesmal sind wir - die Wähler - und nicht die Reichen am Zug!

Schwerarbeitsregelung:

Der ZA stellte zufolge des gegenständl. Erlasses an das BM.I den Antrag, dass dessen Inhalt betreffend Anerkennung von Schwerarbeit hinsichtlich Kriminaldienst in den LKA, der WEGA Wien ua. nachverhandelt wird. Es kann nicht sein, dass jene KollegInnen die 66% AD verrichten plötzlich nicht in den Genuss der Schwerarbeitszeitenregelung fallen sollen! Siehe **Seite 2**.

Ver- und Besetzungen:

Es wurden 49 Versetzungen und 47 Besetzungen behandelt.

Zentralausschuss / FSG

für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens im Bundesministerium für Inneres
1010 Wien, Herrengasse 7

Tel. 01/53126/3273

BMI-ZA-Polizei-FSG@bmi.gv.at

Hermann Wally
ZA u. FSG-Vorsitzender

Presseaussendung zum Thema Zeitwertkonto!

Mikl-Leitner, Spindlegger und Co. legen Grundstein für Altersarmut

Utl.: Greylinger gegen Zeitwertkonto und Flexibilisierung der Arbeitszeit

Wien (OTS/ÖGB) - Um die Kosten für Überstunden in den Griff zu bekommen und die Wirtschaft zu „entfesseln“, tritt nun laut Vizekanzler Spindlegger die ÖVP für ein Zeitwertkonto ein. Die Grundidee dazu stammt von Innenministerin Mikl-Leitner, die das Zweitwertkonto schon bei der Exekutive einführen wollte. Die Polizeigewerkschaft hat die Einführung mit Unterstützung von Beamtenministerin Heinisch-Hosek zum Wohle der Kollegenschaft verhindert. Unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit sollten die Kolleginnen und Kollegen dazu bewogen werden, sich die Überstunden nicht auszahlen zu lassen, sondern auf das genannte Konto zu legen. Wenn sie dann das

über viele Jahre gemacht haben, dürfen sie dann, wenn es dienstlich möglich ist, dafür in Zeitausgleich gehen. „Allein diese Bedingung ist schon ein Hohn“, zeigt sich der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Hermann Greylinger, erzürnt.++++ Während der Konsumationsphase wird natürlich nur das nackte Grundgehalt bezahlt. Wie sich das bei einem Gehalt, das zu ca. einem Viertel auf Zulagen aufgebaut ist auswirkt, braucht nicht extra erwähnt zu werden. Aber der Verluste nicht genug, auf Grund der Einbußen in der Ansparphase (keine Auszahlung der Überstunden) sowie in der Konsumationsphase (keine Zulagen) kommt es bei der Durchrechnung für den Ruhegenuss zum endgültigen Supergau. Greylinger weiter: „Diese Ideen bedeuten Ausbeutung und moderne Sklaverei. Mehrleistungen sind zu bezahlen, Leistung muss sich lohnen, Hände weg von den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!“

„Ich frage mich ernsthaft, was sich Regierungsmitglieder wirklich denken. Wo bleibt das soziale Gewissen und wo das christlich-soziale Weltbild der ÖVP-Ministerinnen? Wie zum Hohn ist ja Mikl-Leitner auch oberste Arbeitnehmerinnenvertreterin (ÖAAB)“, so Greylinger abschließend und appelliert an alle, trotz Wahlkampf auf die Vernunft nicht zu vergessen.

~ Rückfragehinweis: Hermann Greylinger Vorsitzender der Polizeigewerkschaft 0664/1326560 ~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0037 2013-09-06/09:24

060924 Sep 13



Wien, am 12. September 2013

GZ 606/13

Betr.: Erlass zu Schwerarbeitszeiten / Klarstellungen zu Zweifelsfragen;
Anberaumung eines Beratungsgespräches

An das
Bundesministerin für Inneres
Abteilung I/1
im Hause

Sehr geehrter Herr Abteilungsleiter!

Der Zentralausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens stellt den Antrag, dass zu do. Erlass vom 07. August 2013, GZ: BMI-LR1410/0013-V1/a/2013, betreffend Anrechnung von Schwerarbeitszeiten betreffend der Punkte 5. und 7. möglichst zeitnahe (§ 10/4 PVG) ein Beratungsgespräch durchgeführt wird.

Auf die seinerzeitige Zusage des BMI, dass vor Verlautbarung des gegenständlichen Erlasses mit der PV ein Gespräch geführt wird, darf höflich hingewiesen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Für den Zentralausschuss:

H. Wally
(Hermann WALLY)
Vorsitzender